



Antrag

Fraktion DIE LINKE

Europäische Verantwortung wahrnehmen – Keine Abschiebungen nach Afghanistan

Der Landtag fordert die Landesregierung dazu auf,

1. sich auf Ebene des Bundes dafür einzusetzen, dass Deutschland die Länder Italien und Griechenland durch die Aufnahme eines noch zu bestimmenden Kontingents an Geflüchteten entlastet. Diese praktische europäische Solidarität soll auch als Vorbild zur Nachahmung für andere Staaten dienen.
2. Abschiebungen von Geflüchteten aus Afghanistan gemäß § 23 Absatz 1 oder hilfsweise gemäß § 60a Absatz 1 des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG) auszusetzen.
3. gegenüber dem Bundesminister des Innern darauf zu dringen, dass er
 - a. sein Einverständnis gegenüber den Bundesländern für eine Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen gemäß § 23 Absatz 1 AufenthG für Geflüchtete aus Afghanistan erklärt;
 - b. Geflüchteten aus Afghanistan angesichts hoher Schutzquoten den Zugang zu Integrationskursen mit Beginn des Asylverfahrens ermöglicht.

Begründung

Die Situation der hohen Anzahl an Geflüchteten muss gesamteuropäisch begriffen werden und darf nicht vorwiegend den Ländern als Aufgabe überlassen bleiben, die aufgrund ihrer geografischen Lage unweigerlich als Ankunftsorte fungieren. Die Frage nach der Funktion einer Europäischen Union im politischen Wortsinn wird sich gerade an dieser Aufgabenstellung messen lassen müssen.

Die Sicherheitslage in Afghanistan ist katastrophal und wird sich absehbar nicht bessern, das haben die Entwicklungen der vergangenen Monate und zuletzt der Angriff

(Ausgegeben am 07.12.2016)

auf das deutsche Generalkonsulat im ehemaligen Bundeswehrstützpunkt Mazar-i-Sharif, bei dem mindestens sechs Menschen um Leben kamen und mehr als hundert verletzt wurden, gezeigt.

Insgesamt wird in 31 der 34 Provinzen Afghanistans gekämpft, immer mehr Leute sind auch innerhalb des Landes auf der Flucht. Die Vereinten Nationen befürchten, dass die Zahl der Binnenvertriebenen bis Ende des Jahres auf 1,5 Millionen steigt.

Dieser Situation und Entwicklung zum Trotz drängen die Bundesregierung und die EU seit Monaten vehement auf massenhafte Abschiebungen von afghanischen Geflüchteten. Selbst Mazar-i-Sharif bezeichnet das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) in seinen Bescheiden als eine sichere innerstaatliche Fluchtalternative.

Seit 2009 sind fast 60.000 zivile Opfer zu zählen und laut Sicherheitsexperten und NGOs* verschlechtert sich die Sicherheitslage zunehmend. Es ist daher völlig unverantwortlich Menschen in dieses Land abzuschicken. Vielmehr ist es das Gebot der Stunde, Geflüchteten aus Afghanistan eine sichere Bleibeperspektive und Integrationskurse von Anfang an zu gewähren.

Swen Knöchel
Fraktionsvorsitzender

* Nichtregierungsorganisation